

BUCHBESPRECHUNGEN

- Beyme, Klaus von:** *Religionsgemeinschaften, Zivilgesellschaft und Staat*
und
Spohn, Ulrike: *Den säkularen Staat neu denken*
(*Abmet Cavuldak*)..... 235
- Grober, Ulrich:** *Der leise Atem der Zukunft*
(*Udo E. Simonis*)..... 238
- Rewizorski, Marek (Hg.):** *The European Union and the BRICS*
(*Benjamin Drechsel*)..... 239
- Thomä, Dieter:** *Puer robustus*
(*Hans-Martin Schönherr-Mann*)..... 241
- Vollmer, Bastian A.:** *Policy Discourses on Irregular Migration in Germany and the United Kingdom*
(*Stefan Wallaschek*)..... 243
- Walter, Hans-Albert:** *Gib dem Herrn die Hand, er ist ein Flüchtling*
(*Wolfgang Schlott*)..... 244
- Zwaan, Jaap de et al.:** *Governance and Security Issues of the European Union, Challenges Ahead*
(*Michael Fuchs*)..... 246

Klaus von BEYME: *Religionsgemeinschaften, Zivilgesellschaft und Staat. Zum Verhältnis von Politik und Religion in Deutschland*, Wiesbaden, Springer VS 2015, 276 S., € 34,99
und

Ulrike SPOHN: *Den säkularen Staat neu denken. Politik und Religion bei Charles Taylor*, Frankfurt am Main/New York, Campus 2016, 232 S., € 34,95

Klaus von Beyme gehört zu den Altmeistern der deutschen Politikwissenschaft. Er hat im Laufe der letzten vier Jahrzehnte viele Themenfelder beackert – von den parlamentarischen Regierungssystemen Europas und den politischen Par-

teien in Demokratien über Politik und Ökonomie Russlands bis hin zur politischen Ideengeschichte und dem Verhältnis von Kunst, Kultur und Politik. Die Religion allerdings fand bisher in seinem Werk keine Beachtung, was durchaus typisch ist für den Mainstream der deutschen Politikwissenschaft. Deshalb nimmt man mit Erstaunen zur Kenntnis, dass Beyme der Religion – wie er vor kurzem in seinen bruchstückhaften Erinnerungen rückblickend feststellt – »als kulturelles und soziales Phänomen« schon immer Achtung und sogar eine »verborgene Anhänglichkeit« gezollt haben will. Nun hat er tatsächlich auch eine Monographie über das Verhältnis von Religion und Politik in Deutschland geschrieben.

Das Buch besteht aus sieben Kapiteln, wenn wir einmal von der Einleitung und der Schlussbetrachtung absehen. Zunächst versucht sich Beyme an einer empirischen Bestandsaufnahme des religiösen Lebens in modernen Gesellschaften, und zwar vorwiegend auf der Grundlage der religionssoziologischen Literatur. Er konstatiert einen »organisatorischen« Niedergang der Kirchen, die als Interessengruppen verstanden werden, und geht kurz auf Glaubensreste außerhalb von Kirchen und Sekten ein. Nebenbei wird die religionspolitische Ordnung Deutschlands als ein Mischtyp zwischen den Trennungssystemen und den Staatskirchen charakterisiert (S. 33 ff.). Es ist aber bezeichnend, dass der Autor hier weder die Geschichte heranzieht noch Vergleiche mit anderen Ländern bemüht, um dem Thema Tiefenschärfe zu verleihen; er begnügt sich mit einer dünnen typologischen Zuordnung. Anschließend geht er eigens auf die beiden Volkskirchen und deren Reformbewegungen ein; er rekonstruiert anhand der Selbstverlautbarungen und der Kirchenmitgliedschaft das Krisenbewusstsein beider Kirchen, wobei er die Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland berücksichtigt (S. 84 ff.). Ansonsten gilt aber auch hier: Mit Deutschland ist Westdeutschland gemeint, die DDR spielt keine Rolle. Zudem wird auch die europäische Dimension des Themas nur am Rande gestreift (S. 130 ff.). Sodann erkundet von Beyme die Beziehung von Religion und Politik zur Zivilgesell-

schaft und Wirtschaft; hier geht es vor allem um Religion und Sozialkapital und die Wirtschaftsmacht der Kirchen. Konzeptionelle Überlegungen zu dem im Buchtitel angesprochenen Dreiecksverhältnis von »Religionsgemeinschaften, Zivilgesellschaft und Staat«, die spätestens in diesem Kapitel angebracht gewesen wären, sucht man vergeblich. In zwei weiteren Kapiteln geht Beyme auf »Religion und Rechtssystem« und religionspolitische Konflikte ein. Hier wäre zu wünschen gewesen, dass der Autor die Frage nach der Legitimation des Bundesverfassungsgerichts, in Sachen Religion Recht sprechen zu dürfen, einmal grundsätzlich aufwirft und diskutiert. Stattdessen fasst er umstrittene Entscheidungen des höchsten Gerichts wie etwa zum Kruzifix in Klassenzimmern oder zum Kopftuch von Lehrerinnen lediglich zusammen. Die Ausführungen zum Blasphemieverbot hingegen sind durchaus aufschlussreich. Hier kommen dem Autor seine kunsthistorischen Kenntnisse zugute, auch wenn hier und da arg pauschale Redeweisen etwa von »Fatwa-Gelüsten im Orient« oder vom »Bilderkrieg zwischen Orient und Okzident« im Kontext des Streits um die Mohammed-Karikaturen schon ein wenig irritieren (S. 172). Man hätte einen solchen analytischen Mehrwert auch in der Auseinandersetzung mit dem Thema »politische Parteien und Religion« erwartet, dem der Autor ein recht uninspiriertes Kapitel widmet. Auch das letzte Kapitel zum Islam in Deutschland, in dem viele Aspekte – von Migration und Integration, Religion und Gewalt über Moscheekonflikte bis hin zur Scharia – vermischt werden, wirkt wie ein ausgedehntes Referat, in dem der Autor mehr oder weniger seine Lesefrüchte ausbreitet. Schließlich ist Beymes Sprache holprig, streckenweise sogar anstrengend. Zu diesem ungünstigen Eindruck passt, dass er sich in seiner Darstellung nicht nur meist summarisch und ungenau auf Forschungsliteratur aus diversen Disziplinen bezieht, sondern auch keine Scheu hat, Wikipedia-Einträge heranzuziehen (so etwa auf S. 68, 100, 219). Auch gibt es zuweilen Formulierungen, die wenig Sinn ergeben; so spricht Beyme etwa von dem »Böckenförde-Syndrom«, meint aber offenbar das bekannte Diktum oder Theorem des katholischen Staatsrechtlers von den uneinholbaren Voraussetzungen des demokratischen und säkularen Staates (S. 94). Alles in allem lässt sich wohl sagen, dass Beyme zwar ein Thema im Blickfeld

hat, aber keine Fragestellung, die ihm als Kompass hätte dienen können. Das Buch ist denn auch als eine sozialwissenschaftliche Überblicksdarstellung konzipiert, ohne aber vom Autor als solche angekündigt zu werden.

Anders ist es um die Studie von Ulrike Spohn bestellt, die als erste politiktheoretische Monographie aus dem Exzellenzcluster »Religion und Politik« an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster eine kritische Würdigung verdient. Die Autorin hat sich vorgenommen, »den säkularen Staat neu zu denken«, und zwar im Anschluss an Charles Taylor. In der Auseinandersetzung mit den Schriften des kanadischen politischen Philosophen möchte Spohn »neue Perspektiven in der Debatte um die Idee des säkularen Staates im deutschsprachigen Raum eröffnen« (S. 22).

Im Mittelpunkt steht die Legitimität der religionspolitischen Ordnung in der Demokratie; konkret geht es um die Frage, ob politische Normen und Entscheidungen auch religiös begründet werden dürfen (S. 16). Zunächst thematisiert die Autorin den Säkularismus als Regierungsprinzip im politischen Liberalismus; sie rekonstruiert das Konzept des öffentlichen Vernunftgebrauchs anhand der Schriften von John Rawls, Jürgen Habermas und Robert Audi. Obwohl zwischen den genannten Autoren durchaus wichtige Unterschiede bestehen, wird ihre Position dahingehend zusammengefasst, dass sie den Säkularismus im Kern durch zwei Argumente begründen: zum einen durch das normative Prinzip der gleichen Freiheit aller Bürger und die Annahme, dass politische Herrschaft ausschließlich durch öffentliche, allgemein zustimmungsfähige Gründe gerechtfertigt werden müsse und die religiösen Gründe eben nicht zu dieser Kategorie gehörten; und zweitens durch die »sicherheitspolitische Überlegung«, wonach die Einbeziehung der Religion in der politischen Öffentlichkeit mit unkalkulierbaren Risiken einhergehen würde, weil die Religion nun einmal Gewaltpotentiale in sich birgt und aufgrund ihrer absoluten Wahrheitsansprüche kaum Raum für Gespräche und Verhandlungen lässt (S. 41 f.). Daraufhin formuliert Spohn eine Kritik an beiden Rechtfertigungsgründen der Trennung von Religion und Politik. In einem ersten Schritt argumentiert die Autorin mit José Casanova, dass die pauschale Angst der Europäer vor der Religion nicht begründet sei,

weil sie einer historisch verzerrten Wahrnehmung und Erinnerung entspringe; in einem Exkurs zu den europäischen »Religionskriegen« in der frühen Neuzeit möchte sie zeigen, dass die Religion im Konfliktgeschehen keineswegs der entscheidende Faktor war (S. 50 ff.); auch wirft sie einen flüchtigen Blick auf die Rolle von Religion in jüngeren Gewaltkonflikten, um den behaupteten Zusammenhang von Gewalt und Religion empirisch zu relativieren (S. 61 ff.). Interessanterweise blendet sie in dem Zusammenhang den Einfluss von religiös aufgeladenen Konflikten in den muslimischen Gesellschaften etwa im Nahen Osten auf die europäische Wahrnehmung aus. Dafür weist sie aber auf die Gewaltexzesse »säkularer« politischer Herrschaft im 20. Jahrhundert hin. In den Theorien des politischen Liberalismus blieben die »dunklen Seiten« säkularer politischer Herrschaft unterbelichtet (S. 68). Dagegen ließe sich aber einwenden, die gemeinten totalitären Gewaltregime seien keineswegs säkular gewesen, sondern säkularistisch in dem Sinne, dass sie allesamt Weltanschauungsstaaten waren, die mit ihren Wahrheits- und Sinnansprüchen mit den Religionen konkurrierten, gerade auch dann, wenn sie sie negierten. Im Übrigen ist damit ein Unterschied angesprochen, der die Übertragung des englischen *secularism* ins Deutsche problematisch erscheinen lässt, weil der Begriff »Säkularismus« eine ideologische Zuspitzung impliziert. Dessen ungeachtet hätte Spohn die Friedenspotentiale der Religionen würdigend ins Feld führen können, um das Argument von der intrinsischen Gewaltaffinität ein Stück weit zu entkräften. Bei der Kritik an der demokratietheoretischen Begründung der strikten Trennung von Staatsgewalt und Religion orientiert sie sich weitgehend an Charles Taylor, der seine religionspolitische Position in kritischer Auseinandersetzung mit Rawls und Habermas entwickelt hat. Taylor ist – anders als etwa Habermas – der Auffassung, dass die säkularen Gründe nicht allgemeiner, zugänglicher, zustimmungsfähiger und am Ende unparteiischer sind als die religiösen; weder Vernunft noch Religion können ihm zufolge einen Anspruch auf allgemeine Plausibilität und Akzeptabilität geltend machen. Taylor ist mit Rawls zwar von der Notwendigkeit eines überlappenden Konsenses in einer Demokratie überzeugt. Allerdings glaubt er nicht, dass zwischen einem rein politischen Standpunkt der Ge-

rechtigkeit und umfassenden Lehren des Guten (mögen sie säkular sein oder religiös) konsequent unterschieden werden kann. Dies zeigt sich nicht zuletzt in dem sensiblen moralischen Bereich, etwa im Konflikt um Abtreibung oder Sterbehilfe. Gleichwohl hält auch Taylor daran fest, dass der demokratische Staat neutral sein müsse; die offizielle Sprache etwa des Parlamentes oder der Gerichte solle möglichst vermeiden, auf bestimmte Religionen oder Weltanschauungen Bezug zu nehmen. Unparteilichkeit und Gleichbehandlung der Bürger scheinen auch für Taylor unabdingbar zu sein, um friedlich und gedeihlich zusammenleben zu können, so dass am Ende offen bleibt, was das Besondere an Taylors Position ist. Die Spannungen und Risse im Denkgebäude Taylors werden unübersehbar, wenn Spohn glaubt, Taylors Stellungnahme im Diskurs mit Habermas über die Rolle der Religion in der Demokratie korrigieren zu müssen (S. 164). In einem kurzen Kapitel zeigt die Autorin denn auch die Grenzen der politischen Theorie Taylors auf, die sie höflich als Anfragen formuliert (S. 181 ff.); kritisiert wird, dass der kommunitaristische Philosoph eine allzu hohe Identitätserwartung an das demokratische Gemeinwesen hegt, die durch Geschichte, Sprache und Religion verbürgt sein soll; dass er mit Rousseau und Herder in »Kollektivzusammenhängen« wie Nation, Volk, Kultur, Gemeinschaft, Religion denkt; und schließlich, dass er keinen Sinn hat für die Macht als eine der zentralen Dimensionen des Politischen.

Spätestens hier wird aber deutlich, dass die Autorin sich nicht entscheiden kann zwischen einer Spezialstudie zu Charles Taylors politischer Theorie unter besonderer Berücksichtigung seiner Lesart des »Säkularismus« und einer allgemeinen Untersuchung zur Legitimität der religionspolitischen Ordnung der Demokratie. Hätte sie ihr Augenmerk konsequenter auf Taylor gerichtet, hätte sie viel stärker sein religionspolitisches Denken historisch kontextualisieren müssen. Taylor stammt aus der französischsprachigen kanadischen Provinz Québec. Er wendet sich mit seiner Kritik gegen das rigide französische Verständnis von *laïcité*, das dem religionskritischen Erbe der »rationalistischen« Aufklärung einiges schuldet; und zwar als liberaler Katholik mit einem »romantischen« Sinn für die Tradition, der die protestantisch geprägte Trennung von Staat und Kirche in den Vereinigten Staaten von Ame-

rika kennt und schätzt. Bemerkenswert ist, dass der Katholizismus Taylors und die christliche Rechtfertigung der Trennung von Religion und Politik in der Studie keine Rolle spielen. Auch wird nicht einmal erwähnt, dass Hegel der bedeutendste Referenzdenker von Taylor ist; im Übrigen bringt nicht nur dies Taylor in die Nähe des bereits erwähnten Ernst-Wolfgang Böckenförde, der für die deutsche Diskussion um den säkularen Staat von herausragender Bedeutung ist. Gleichwohl sollten diese kritischen Hinweise die Verdienste der Studie nicht in den Schatten stellen; anerkennend würdigen möchte der Rezensent, dass die Gedankenführung der Autorin durchaus von Selbstständigkeit zeugt und dass sie Debattenstränge produktiv zusammenzuführen vermag, etwa dort, wo sie Charles Taylors Überlegungen mit kritischen postkolonialen Perspektiven konfrontiert (S. 120 ff.).

Ahmet Cavuldak

Ulrich GROBER: *Der leise Atem der Zukunft. Vom Aufstieg nachhaltiger Werte in Zeiten der Krise*, München: oekom Verlag 2016, 315 S., € 19,95

Das neue Buch von Ulrich Grober hat zwei grund-legende Vorläufer: Mit seinem Buch *Die Entdeckung der Nachhaltigkeit* (Erstauflage 2010) legte er eine fulminante Kulturgeschichte dieses zentral gewordenen Begriffs unserer Zeit vor, mit dem er ein großes Leser- und Hörer-Publikum erreichte; mit dem Vademekum *Vom Wandern* (Erstauflage 2006) brachte er viele Landsleute auf die Idee, so wie er die eigene Heimat zu erwandern. Mit dem erstgenannten Buch wurde Grober zum Entdecker einer so noch nie beschriebenen Geschichte, mit dem zweiten brachte er vielen Menschen die nötige Motivation, sich auf die Natur einzulassen. Nun also das dritte Buch eines kulturell beflissenen Autors und begeisterten Wanderers.

Auch in Zeiten der Krise zeigen sich, so seine Hauptthese, viele Zeichen der Nachhaltigkeit, wird eine bessere Zukunft sichtbar, wenn auch erst ansatzweise – mit leisem Atem. Mit einem Blick auf solide Werte der Vergangenheit und der Gegenwart zu einem Ausblick auf nachhaltige Werte der Zukunft zu kommen, um die Verknüp-

fung von kulturellem Erbe und tragfähigen Zukunftsvisionen, darum geht es in diesem Buch.

Es ist eine Art Reisebericht, der von Streifzügen durch das Land erzählt, die der Autor in den letzten Jahren selbst unternommen hat. Er handelt von Orten, an denen er das Gefühl bekam, dem in der Gesellschaft vor sich gehenden Wertewandel besonders nahe zu sein, unschwelligen Veränderungen ebenso wie gewaltigen Umbrüchen. Es sind jeweils langsame Annäherungen an diese Orte, die letzte Etappe immer zu Fuß. »Denn zu Fuß siehst du besser«, sagt er, »nur wo du zu Fuß warst, warst du wirklich«. Es geht ihm um möglichst viel-sagende Realitäten, um Mosaiksteine für ein größeres Bild der zukünftigen Gesellschaft.

Vor Ort kam Grober mit vielen Akteuren der neuen »Suchbewegung« ins Gespräch – und diese Gespräche sind eine Keimzelle des Buches. Doch Werte und sich wandelnde Werte sind schwer zu fassen und schlecht messbar. Sie entstehen nicht in der Retorte, so sagt er, sondern in der Atmosphäre des Zeitgeistes. Die Sprache kann dabei ein feiner Seismograph sein. Deshalb interessieren ihn Begriffe, die gerade Karriere machen. Die besonders zeitgeistigen Wörter hätten sehr wohl tiefe Wurzeln in der Kultur. Zukunft braucht Herkunft – so seine Folgerung.

Womit beginnen, wenn es um die Zukunft geht? Das wachsende Unbehagen an der die Gesellschaft zerreißen Gier hält Grober für einen wichtigen Trend. Jedenfalls entwickle dieses Unbehagen in jüngster Zeit eine enorme Dynamik; aber es sei noch sehr diffus. Deshalb nimmt er als Wegweiser zu einer Betrachtung (einer gesellschaftlichen Analyse) Wilhelm Hauffs Märchen *Das kalte Herz*. Mit diesem Büchlein im Rucksack entdeckt er im Nordschwarzwald die Schauplätze der Parabel – aber auch deren Aktualität: Gier und Narzissmus seien dysfunktional, angesagt seien Varianten der Warmherzigkeit – die Empathie. Davon handeln Kapitel 1 und der ihm folgende erste von insgesamt fünf gedanklichen Zwischenrufen.

Kapitel 2 handelt vom Wert der Entschleunigung – und es spielt in der Autostadt, der »Traumfabrik« des VW-Konzerns. Auch hier schärfte die langsame, wandernde Annäherung an den Ort die Wahrnehmung, was zu radikalen Folgerungen führt: Der Kult der Beschleunigung sei passé; die Wiederentdeckung von Geschwin-

digkeiten nach menschlichem Maß habe begonnen; die Zeit sei reif für einen Abgang auf die Autostadt. Darauf muss man erst einmal kommen – angesichts der ausgestellten Modelle R8 mit 525 PS und Allradantrieb, des neuen Porsche und des schwefelgelben, vertikal an der Wand aufgehängten Lamborghini.

Die Firma VW akzeptiert Nachhaltigkeit, beansprucht aber die Deutungshoheit über den Begriff. Die Autostadt treibe die Naturbeherrschung auf die Spitze mit der Idee eines neuen Futurismus. Die Natur werde kleingehalten, sagt Grober, zu einer Art Bonsai-Natur gemacht, doch ohne die Grundidee des Bonsai. Denn die ist inspiriert vom Zen-Buddhismus. Wer dieses feinsinnige und zugleich spitzzüngige Kapitel gelesen hat, wird entweder empört sein oder aber sehr nachdenklich werden über die Zukunft der automobilen Gesellschaft.

Auf der Skala unserer Werte ist Gelassenheit weit nach oben gerückt. Was aber ist das – eine neue Art von *wellness* oder eine Variante von *cool*? In Kapitel 3 macht sich Grober auf Meister Eckharts Sitz im Predigerkloster zu Erfurt für den Leser auf eine verschlungene Zeitreise, eine vielseitige Suche, die aus der Hektik unserer Tage über die Mystik des Mittelalters bis in die Weisheit der Antike zurückgeht.

In Kapitel 4 geht es um eine konkrete Halden-Saga, eine neue Landmarke des Ruhrgebiets. Auf einer Berghalde, einer Altlast des fossilen Zeitalters, erhebt sich ein Horizont-Observatorium, ein Wahrzeichen des beginnenden solaren Zeitalters. Ein Ort härtester Maloche wurde dort zu einer Bühne verändert, die jeder nutzen kann, sich in die Rhythmen und Zyklen von Natur und Kosmos einzuklinken.

Auf dem Höhepunkt der Welle an Privatisierungen rollte eine neue Welle heran, die Welle der Wiederentdeckung der *commons*. Wem gehört die Welt, wem sollte sie gehören? Die Antwort: allen und keinem! Grober besucht in Kapitel 5 dazu die noch intakten Allmende-Wälder im Weserbergland und spricht mit einem Wikipedia-Autor über die Zukunft der Wissens-Allmende.

In Kapitel 6 geht es dann um das Mantra des »Wachstums«. Hierzu macht sich der Autor auf den Weg zu einer Reihe von Pionieren des Wandels in Richtung »Postwachstums-gesellschaft«, die zwischen Münsterland, Thüringer Wald und dem Breisgau an neuen Lebensformen arbeiten,

die auch nach dem Ende der wachstumsfixierten Wirtschaft tragfähig sein könnten. »Mut machen- de Laboratorien einer ›anderen Welt‹ – im Hier und Heute«, nennt er das.

Was bleibt von der langen Reise durch das Land? Statt eines Epilogs präsentiert Ulrich Grober »Fragmente eines gelassenen Zukunftsdenkens«. Eine eindeutige Bilanz ziehen zu wollen, sei vermessen. Doch die Frage, auf welche Werte wir uns besinnen und rückbesinnen, sei entscheidend dafür, wie sich Zukunft gestaltet – wie *wir* Zukunft gestalten. Die Übergänge, Durchlässe und Durchbrüche zu einer »anderen Welt« seien in unserer Kultur im Grunde angelegt. Noch aber sei nicht klar, ob der Wind des Wandels in Richtung Nachhaltigkeit weht und einem neuen solaren Zeitalter den Weg bereitet *oder* ob er sich abwendet und die regressiven Tendenzen entfesselt, die in den meisten Gesellschaften virulent sind. Umso wichtiger sei es, die lebensbejahenden Tendenzen und positiven Energien sichtbar und erlebbar zu machen, die in diesem Buch versammelt wurden.

Fazit: Wer sich auf das neue Buch von Ulrich Grober wirklich einlässt, wird stark beeindruckt sein und tief beeinflusst werden – durch das, was sich allgemein ändern muss, was sich bereits geändert hat und das, was an konkreter Veränderung im Sinne strikter Nachhaltigkeit noch ansteht. Ermunternd dazu ist das Wort von Arundhati Roy, das sich auf dem Rückendeckel des Buches findet: »Eine andere Welt ist nicht nur möglich, sie ist schon im Entstehen. An einem stillen Tag höre ich sie atmen.«

Udo E. Simonis

Marek REWIZORSKI (Hg.): *The European Union and the BRICS. Complex Relations in the Era of Global Governance*, Wiesbaden: Springer 2015, 180 S., € 106,99

Das Kürzel BRIC sollte das ökonomische Potential Brasiliens, Russlands, Indiens und Chinas unterstreichen. Heute politikwissenschaftlicher Standard, ist der anfängliche Enthusiasmus mittlerweile jedoch gewichen. Jedes Land hat eigene Probleme zu lösen und Versprechen unerfüllt gelassen.

Auf die BRIC hat die EU mit »strategischen Partnerschaften« reagiert, nur fehlen greifbare Ergebnisse. Wie wechselseitige Sanktionen und Abschreckungsmaßnahmen unterstreichen, erleben im russisch-europäischen Verhältnis realistische Analysekatoren eine Renaissance. Die Diskussionen über TTIP oder CETA machen einen Abschluss des euro-indischen Freihandelsabkommens unwahrscheinlich.

Jede Analyse der EU-BRIC-Beziehungen sollte deren Konkurrenzen, ja Gegensätze in der internationalen Politik im Auge behalten. Institutioneller Optimismus darf nicht blind für die Komplexität machen, die das nun um Südafrika erweiterte BRICS-Konstrukt birgt.

An dieser Aufgabe versucht sich der hier vorgestellte Sammelband, der das Zusammenspiel von EU und den BRICS in *global governance* analysiert. Nach einer »systemischen« Annäherung an die BRICS blicken die Beiträge auf die einzelnen BRICS-Staaten.

Zwei Beiträge fragen, ob sich durch die BRICS ein »Wandel« von und in internationaler Politik vollzieht. Beobachter haben mit den BRICS voreilig den Niedergang der »liberalen Staatenwelt« diagnostiziert. Niall Duggan steht dieser Position nahe. Er sieht die BRICS eine »gemeinsame Identität« stiften, die Entwicklungsfragen in den Vordergrund rückt. Aus westlicher Perspektive ziemlich optimistisch, wenn nicht verblüffend erscheint, dass Marco António Martins in seinem mitunter schwer verständlichen Kapitel die BRICS zum Stabilitätsanker stilisiert. Anhänger der Machtverlagerungsthese wird beides hingegen überzeugen.

Diskutabel ist Martins' Annahme, Globalisierung habe eine neue Unordnung hervortreten lassen. Um sie zu beseitigen, favorisiert er eine »globale Innenpolitik«. Nur ist sein Zutrauen in die Institutionen schwach, da Martins die BRICS hier völlig unerwähnt lässt.

Erhellend ist eine Analyse der institutionellen Effektivität der BRICS. Sie präsentiert erwartbar gemischte Resultate. Interessanterweise beobachten die Verfasser gerade in der Entwicklungspolitik geringe Institutionalisierung (S. 54). Duggan verortete auf diesem Gebiet noch das größte normative Potential der BRICS. Das ließ durchaus stärkere Institutionen erwarten, zumal die BRICS als Geber in der multilateralen Entwicklungspolitik auftreten und ihr Format zur Koor-

dination nutzen, wie die Autoren richtig bemerken. Sie versuchen eine institutionelle Leistungsbilanz der BRICS. Methodisch birgt das Problem. Als Kernvariable für die Effektivität der BRICS gilt »Entscheidungsfindung«. Das bedeutet »die Annahme glaubwürdiger und klarer kollektiver Bekenntnisse, die in puncto Präzision, Verpflichtung, Delegation hinreichend formuliert sind« (S. 41), ohne aber »glaubwürdig« oder »klar« zu definieren. Sie sind subjektiv, was ihren Wert gering hält. »Präzision«, »Verpflichtung« und »Delegation« lassen an die *legalisation*-Literatur denken. Nur haben die Autoren diese Literatur bedauerlicherweise nicht konsultiert. Dann wäre »hinreichend« als Qualifikation entbehrlich, da *legalisation* differenziert und eine Wertung des institutionellen Niveaus unterbleibt.

Der Herausgeber analysiert die G20 als Vehikel der BRICS für die Block- und Profilbildung. Mit Blick auf den asiatischen Regionalismus hat die Forschung solche Effekte verneint. EU und BRICS bleiben isoliert nebeneinander stehen. Es ist hier eher auf Narlikars instruktive Studien zur Veto-Macht der BRICS in *global governance* zu verweisen.

Ist Europa von Indien stärker abhängig als umgekehrt? Ein Beitrag macht zuerst die EU für die substanzielle strategische Partnerschaft verantwortlich. Für die BRICS sei es interessant, wenn und falls sich die Chance böte, die transatlantische Verbindung zu lockern (S. 134). Das eingangs erwähnte euro-indische Freihandelsabkommen könnte an der in Indien vorherrschenden Skepsis gegenüber Außenpolitik, den sie gestaltenden Figuren sowie der fehlenden Bereitschaft scheitern, eine »aggressivere Außenpolitik« (S. 137) zu entwickeln.

Der Autor erkennt in den institutionellen Initiativen der BRICS Parallelstrukturen zu *global governance*. Jedoch bleibt unerwähnt, dass es den BRICS am Vermögen und am politischen Willen fehlt, langfristig Kosten ihrer Initiativen zu übernehmen und sie so zu stabilisieren.

Das Scheitern einer den amerikanischen Raum umspannenden Freihandelszone (FTAA) fällt mit den Bemühungen der EU zusammen, dort selbst Freihandelsabkommen zu realisieren. Dies habe nach Auffassung von Aukje van Loon Brasilien den Weg in den Kreis der strategischen Partner der EU geebnet. Im Wettstreit mit den USA würden Interessengruppen innerhalb der EU darauf

hinwirken, die »globale Strategie« umzusetzen. Für das Verständnis der bilateralen Beziehungen seien der Autorin zufolge Variablen des realistischen und des liberalen Ansatzes »bestimmend« (S. 154).

Warum nahmen die BRIC Südafrika auf? Für die Antwort stützt sich der abschließende Beitrag auf Macht als »multidimensionales, relationales« Konzept (S. 165). Nicht nur vertieft China mit der Aufnahme Pretorias seine Verbindung auf den Kontinent, sondern Brasilien und Indien sichern so ihr eingerichtetes IBSA-Forum ab. Einmal profitieren die BRICS von Pretorias Expertise im globalen Finanzwesen. Zusätzlich haben sie sich mit Südafrika klar als Symbol der Entwicklungsländer positioniert und Glaubwürdigkeit gegenüber den Belangen des »globalen Südens« gewonnen (S. 170), solange Südafrika Engagement für eine Demokratisierung der internationalen Politik erkennen lässt. Da das Land aber auch Normen wie Souveränität und Nichtintervention in innere Angelegenheiten stärken soll, bleibt offen, wie dieser Interessenkonflikt gelöst werden kann.

Einsteigern zeigt dieser Band gut die Genese der BRIC bzw. BRICS auf. Die Beziehungen zwischen den BRICS und der EU sind komplex, was die Beiträge überzeugend darlegen. Aber eine Synthese, die nach den Entwicklungsperspektiven fragt, wurde – vielleicht absichtlich – unterlassen. Das schmälert den Erkenntnisgewinn.

Mit der Materie vertraute Wissenschaftler aus den besprochenen Ländern sind leider kaum zu Wort gekommen. Das aber hätte dem Band und seinen Thesen gutgetan.

Benjamin Drechsel

Dieter THOMÄ: *Puer robustus – Eine Philosophie des Störenfrieds*, Berlin: Suhrkamp 2016, 715 S., € 35

Ist Barack Obama etwa ein politischer Störenfried? Eine solche These erwartet man vielleicht aus dem Mund von Donald Trump. Der in St. Gallen Philosophie lehrende Dieter Thomä stellt Obama jedoch in eine Reihe mit *Occupy Wall Street* und Edward Snowden. Während letzterer für Thomä ein globaler Störenfried ist – Russland hat er nicht gestört –, *Occupy* die lokale Ebene

mit der globalen verbinden möchte – was auf der Ebene von Diskussionen nicht besonders schwierig ist –, beschränkt sich Obama als Störenfried nach Thomä gar nur auf die lokale Ebene US-amerikanischer Wahlkämpfe, die er mal aufmischte. »Warum Obamas erster Wahlkampf«, erläutert Thomä, »unabhängig von seiner Präsidentschaft in einem Buch über den Störenfried Erwähnung verdient, hat mit einem einzigen Satz zu tun [...]. Dieser Satz fällt am 5. Februar 2008 in Chicago und lautet: ›We are the ones we've been waiting for.‹ – ›Wir sind diejenigen, auf die wir gewartet haben.‹ Was für ein seltsamer Satz!« (S. 509)

Das ›Wir‹ verbindet die begeisterten Wähler, die lange auf den Moment gewartet haben, mit dem zukünftigen Präsidenten und belebt damit die alte Idee einer kreativen Demokratie, die die herrschende repräsentative Demokratie mit ihrem eingefahrenen Politikbetrieb zu erneuern vorgibt. »Als Vorläufer Obamas«, schreibt Thomä, »darf deshalb Henry David Thoreau gelten: ›Nur wenn wir uns verloren haben [...], beginnen wir, uns selbst zu finden.‹ Wir zaubern uns nicht als self-made men aus dem Hut, wir klopfen uns nicht selbstgefällig auf die Schulter, sondern gehen auf Distanz zu unserem eigenen Status quo und lassen uns von der Ahnung eines anderen Lebens leiten, das vor uns liegt.« (S. 510) Doch Thoreaus Satz formuliert nur das protestantische Prinzip, auf das sich auch Richard Rorty beruft, dass man mit anderen Menschen kommunizieren muss, wenn man etwas über sich selbst erfahren will, dass man nicht wie im Sinn von Augustin dazu in den inneren Monolog einkehren kann. Das ist nicht die einzige Stelle, an der das Buch etwas zu schnell interpretiert.

Jedenfalls verkörpert Obama für Thomä einen exzentrischen Typus von Störenfried, der politische Innovation durch kreative Ideen befördert und den Thomä denn auch zumeist schätzt, was er über die drei anderen Typen des Störenfrieds nicht unbedingt äußert: »Da gibt es zunächst den egozentrischen Störenfried, der – bildlich gesprochen – an der Schwelle auf den Boden stampft, sich gegen die staatliche Ordnung sträubt und seinen Eigenwillen auslebt. [...] Sodann gibt es noch den nomozentrischen Störenfried, der seinen Kampf gegen die Ordnung im Vorgriff auf Regeln führt, die dereinst an deren Stelle treten sollen. [...] Marx wird versuchen, ihn [...] in die

Wirklichkeit des Klassenkampfes hinüberzuziehen.« (S. 21) Das Proletariat kämpft nach Thomä ähnlich wie Schillers *Wilhelm Tell* für eine zukünftige gerechte Ordnung.

Natürlich kennt Marx auch rein böse Störenfriede – das Lumpenproletariat oder den imperialistischen Kapitalisten –, so gesellt sich seit der Epoche des Faschismus und in den Zeiten eines religiösen Fanatismus ein vierter Typus zu den dreien: »Für seine Hetze und Härte braucht er etwas, was dem Selbstbild des Störenfrieds eigentlich zuwiderläuft: den Schutz der Masse, in der er verschwindet und in deren Namen er agiert. Er hat deshalb keinen besseren Namen verdient als den des *massiven* Störenfrieds.« (S. 22) Mit Wertungen hält sich Thomä denn auch kaum zurück.

Entdeckt hat den Störenfried der Begründer der modernen politischen Philosophie Thomas Hobbes, der ihm 1642 im Vorwort zu *De Cive* auch einen Namen gibt, nämlich lateinisch *Puer robustus* – also »kräftiger Junge« – den Hobbes für gefährlich hält, weil er sich der staatlichen Ordnung nicht unterordnet, wie es Hobbes dem Bürger doch empfiehlt. Hobbes *Puer robustus* verhält sich gegenüber der Gesellschaft, als lebe er im Naturzustand. In jugendlichem Übermut weigert er sich, das Angebot »Sicherheit gegen Untertänigkeit« anzunehmen.

Seither taucht der *Puer robustus* mal namentlich, mal sinngemäß in der politischen Philosophie immer wieder als Störenfried auf, der dabei nicht nur negative Rollen spielt, die Thomä recht ausladend und manchmal zu weitschweifig in seinem Buch durchgeht. Jener *Puer robustus*, der bei Hobbes als gefährlicher Störenfried vor den Toren der Zivilisation lauert, erhält bei Rousseau einen eher positiven Charakter, schließlich ist für ihn der Naturmensch ja keinesfalls böse. Während Thomä dabei noch jener Interpretation aufsitzt, dass für Rousseau »die Frauen ihre Leidenenschaften nicht im Griff hätten« (S. 101), haben neuere Forschungen ergeben, dass sich dergleichen indes nur für die sozial verdorbenen sagen lässt (vgl. 2016 Magdalena Scherls *Ersehnte Einheit, unheilbare Spaltung – Geschlechterordnung und Republik bei Rousseau*). Die natürlichen Frauen sollen stattdessen gerade das männliche Begehren zügeln. Dann erhält der Störenfried bei Rousseau eine andere Perspektive als diejenige, die Thomä schildert.

Wie Hobbes präsentiert sich Thomä dabei selbst als Verfechter der Ordnung, die indes durch den exzentrischen Störenfried gelegentlich einen positiven Impuls erhält – daher die offen erklärte Sympathie. So erläutert Thomä: »Es geht in diesem Buch [...] um das Verhältnis zwischen Ordnung und Störung. Aus Gründen, die ganz unterschiedlicher Art sein können, rutscht der *Puer robustus* an den Rand, schießt quer, grätscht dazwischen. Wie auch immer der Störenfried sich verhält, er befindet sich am Rand, an einer Grenze oder eben, wie es besser heißen sollte, an einer Schwelle.« (S. 16) Umgekehrt insistiert Thomä aber nicht wie Foucault darauf, dass Protest und Widerstand gegen die institutionalisierte Politik Teil des gesellschaftlichen Feldes sind. Thomä schwankt vielmehr zwischen einer notwendigen Ordnung und einer von außen kommenden Störung, die mal konstruktiv die Ordnung belebt, mal sie destruktiv gefährdet.

So geht ein Individuum als egozentrischer Störenfried beispielsweise mit dem Staat heute so um, als müsse dieser dem Kapitalismus dienen und nicht umgekehrt. Dagegen hat nach Thomä der Staat ein Primat gegenüber dem Individuum, das eine stabile innere Identität nur durch Bezug auf den Staat gewinnen kann. Die Figur des Störenfrieds wird daher immer auf den Staat bzw. die Ordnung bezogen. Und so gesteht ihm Thomä auch kein eigenes Recht jenseits des Staates zu, sei es ein Naturrecht wie in der Aufklärung oder eine individuelle Freiheit, die zum Widerstand befähigt wie bei Sartre. Protest und Widerstand können sich dann nicht auf sich selbst berufen, sondern werden von der Ordnung her bestimmt, an deren Schwelle sie sich befinden sollen. So will Thomä kein Denker unüberbrückbarer Gegensätze bzw. der Differenz sein. Stattdessen bedient er sich des Begriffs der Schwelle, den er von Giorgio Agamben übernimmt, den Thomä aber nicht poststruktural differenzierend, sondern traditionell vermittelnd benutzt. Die Schwelle verbindet den *Puer robustus* mit der Ordnung. Etwas befremdlich beruft er sich dabei gegen Agamben auf Foucault: »Das Wort Schwelle ziehe ich der Grenze vor [...]. Eine Schwelle ist typischerweise *niedrig*. Man kann sie überschreiten, über sie stolpern oder an ihr innehalten.« (S. 16) Dass die vermeintlich noch so kleine Differenz differenziert, übergeht Thomä tunlichst.

Mit dem Typus des Störenfrieds führt Thomä einerseits das außerhalb der staatlichen Institutionen politisch aktive Individuum in die politische Philosophie ein und weist ihm sogar eine wichtige Rolle zu: Dem *Puer robustus* »ist zuzutrauen, den Lauf der Welt zum Guten oder zum Bösen zu beeinflussen.« (S. 19) Aber außerinstitutionelle Politik kann sich nur als Teil der politischen Ordnung legitimieren, also konstruktiv politisch partizipierend. Denn Thomä betrachtet den Störenfried aus der Perspektive der politischen Ordnung, die der *Puer Robustus* zumeist massiv gefährdet.

Überhaupt setzt sich Thomä in seinem Buch primär mit dem Verhältnis zwischen Ordnung und Störung auseinander, weniger mit dem Störenfried. Das gilt besonders für das herausragende Kapitel über die konservativen Denker Carl Schmitt, Leo Strauss, Helmut Schelsky einerseits und den Neomarxisten Max Horkheimer andererseits. Um »Anarchisten, Abenteurer, Halbstarke und kleine Wilde«, die der Haupttitel dieses Kapitels blumig vielversprechend ankündigt, geht es dabei nur am Rande.

Erfolgreiche Störenfriede der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, mit ihren so originellen wie individuellen Protestformen, wie die um sexuelle und soziale Liberalisierung bemühten Jugendbewegungen der sechziger Jahre, Frauen, die seit den Siebzigern die Familienordnung des 19. Jahrhunderts aushebelten, oder die Umweltbewegungen, die den Weg in den deutschen Atomausstieg ebneten, kommen im Buch kaum vor. Wenn sich also die politische Philosophie mit dem individuell protestierenden Bürger aus konservativen Ordnungsvorstellungen heraus kaum auseinandergesetzt hat, und wenn auch für die eher linke Sozialphilosophie individueller Protest strukturell in die falsche Richtung führt, dann erweckt Thomä mit seinem Buch nicht den Eindruck, diesen Trend wirklich umkehren zu wollen.

Hans-Martin Schönherr-Mann

Bastian A. VOLLMER: Policy Discourses on Irregular Migration in Germany and the United Kingdom. Series New Perspectives in German Political Studies, Basingstoke: Palgrave Macmillan 2014, 297 S., € 106,99

Arbeiten zu gegenwärtigen Migrationsbewegungen in und außerhalb Europas haben ebenso

Konjunktur wie Analysen zu den gesellschaftlichen und politischen Kontextfaktoren, die Migration ermöglichen oder erschweren. Bastian A. Vollmer legt mit seiner Arbeit die zeithistorischen Wurzeln einer Migrationspolitik in Deutschland und Großbritannien frei, die trotz unterschiedlicher politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Aspekte in beiden Staaten doch ähnlich reagiert: nämlich mit Restriktionen bei der Einwanderung und der Brandmarkung von »illegaler« oder irregulärer Migration.

Der Autor untersucht den policy-Diskurs der beiden Länder von 1973 bis 1999. Während Deutschland vor 1973 bewusst Arbeitskräfte aus anderen Ländern angeworben hat (Gastarbeiter-Programme), kam es in Großbritannien durch die Commonwealth-Assoziation zu Migration aus Afrika, Asien und der Karibik auf die britische Insel. Eine bewusste Politik der Einwanderung wurde nicht verfolgt. Im Zuge der Ölkrise und ökonomischer Stagnation haben beide Staaten dann eine restriktivere Einwanderungspolitik verfolgt. Anhand von Plenardebatten, Anhörungen, Ausschussprotokollen u. ä. interpretiert und analysiert Vollmer policy frames und sogenannte meta-frames in beiden Ländern.

Das Buch gliedert sich in sechs Kapitel. Im ersten Kapitel legt der Autor die Ausgangslage dar, umreißt die Migrationspolitiken beider Länder und plädiert für einen interdisziplinären Ansatz, der linguistische, historische und sozialwissenschaftliche Forschung kombiniert. So nutzt Vollmer für die Diskursanalyse mehrheitlich linguistische Ansätze und verbindet diese mit policy-Analysen, um sowohl zentrale Konzepte als auch Akteurskonstellationen im Diskurs zu untersuchen. Historische Arbeiten fließen durch seinen induktiv-hermeneutischen Ansatz der Textanalyse ein. Durch den langen Analysezeitraum wird dieser geschichtliche Ansatz noch untermauert. Indem er die Diskurse in die policy-Arena einbettet, verbindet er die Diskursebene mit den jeweiligen politischen Gesetzesentscheidungen in Deutschland und Großbritannien. Im zweiten Kapitel legt er sehr ausführlich seine Methode dar und gibt Beispiele der Kodierungen, was die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der empirischen Arbeit erhöht.

Kapitel drei und vier sind jeweils den Ländern gewidmet. Vollmer zeigt dabei sehr gut auf, wie in Großbritannien die Kontrolle der Einwande-

rung über Mutmaßungen zur bloßen Anzahl von Migranten zum Politikum wurden. Die Reform der britischen Staatsbürgerschaft 1981 (Abänderung des *jus soli*-Prinzips) wurde so auch zur Frage um Immigration, da durch die Reform vielen Migranten aus dem Commonwealth die britische Staatsbürgerschaft nicht mehr offen stand. Der *frame* der Ausnutzung oder Missachtung von Einwanderungsgesetzen, sprich der Kriminalisierung von Einwanderung, blieb dann auch im Folgenden maßgeblich im britischen policy-Diskurs.

In Deutschland hingegen wurde von der SPD-FDP-Regierung bis Anfang der 1980er-Jahre das Bild der irregulären Migranten gezeichnet, welche Opfer von Kriminellen und Schlepperbanden sind und daher die Begrenzung von Zuwanderung durch Bekämpfung der Schlepper erfolgen soll. Seit Beginn der 1980er-Jahre mobilisierte hingegen die CDU/CSU-Fraktion gegen vermeintlich hohe Zahlen von »Scheinasylsuchenden« und »illegalen Migranten« als Bedrohung für Deutschland und dass gegen diese sofort gehandelt werden müsste. Dieses Bild verfängt dann auch, wie Vollmer eindrücklich zeigt, und manifestiert sich dann in der »Boot ist voll«-Metapher und der Änderung des Art. 16 GG zum Recht auf Asyl 1992/93.

Der Vergleich beider Länder erfolgt dann in Kapitel fünf. Vollmer arbeitet dabei dominante meta-frames heraus, die gewissermaßen das Gerüst für einzelne Argumentationen, Konzepte und Ideen bilden, und identifiziert drei solcher meta-frames, die zu unterschiedlichen Phasen der Diskurse für beide Länder wirkmächtig sind: politische Ideologien, Nationenvorstellungen und Sicherheitsfragen. Während am ersten meta-frame v. a. ein Konflikt zwischen liberaler und konservativer Haltung zu Immigration aufgezeigt wird, sind im zweiten meta-frame Fragen nach Souveränität, kulturell-nationaler Identität und »Überfremdung« dominant. Der letzte meta-frame verweist auf die Verbindung aus Illegalisierung und Kriminalisierung von Migranten und damit einer Versicherheitlichung der Migrationspolitik in Deutschland und Großbritannien. Wie Vollmer im Fazit festhält, sind es vor allem drei diskursive Veränderungen, die die policy-Diskurse geprägt haben: Erstens, die Konstruktion von Migranten als »Illegale«. Daran anknüpfend zweitens die Bedrohung der Aufnahmegesellschaft

durch »Illegale« und der Zwang gegen die Bedrohung etwas zu tun. Drittens schließlich das framing von Migrationspolitik im Sinne der Versicherheitlichung und die Normalisierung dieser Perspektive für weitere policy-Entscheidungen.

Die vergleichende Studie ist überaus detailreich, methodologisch transparent und reflektiert dokumentiert. Zudem ist der gewählte Analyserahmen – 1973 bis 1999 – sowie der Aufwand der Materialsammlung und -auswahl für beide Länder beeindruckend. Die Arbeit zeigt sehr instruktiv auf, wie das Politikfeld Migrationspolitik im Laufe der 1970er-Jahre entstand, wie verschiedene frames um die Deutungshoheit im politischen Diskurs ringen und neue Konzepte – etwa in Bezug auf Sicherheitsaspekte – Einzug in die Debatte einzug halten. Diese stark strukturalistische Perspektive auf Diskurse hat allerdings zum Nachteil, dass (Veränderungen in den) Akteurskonstellationen leicht aus dem Blick geraten. Doch dies schmälert den Gewinn aus der Lektüre kaum. Diese Situierung von Migrationspolitik in einer stärker zeithistorisch-vergleichenden Perspektive hilft auch zu verstehen, warum aktuell Migrations- und Asylpolitik überwiegend mit Blick auf Sicherheits-, Souveränitäts- und Grenzschutzfragen verhandelt wird.

Stefan Wallaschek

Hans-Albert WALTER: *Gib dem Herrn die Hand, er ist ein Flüchtling. Essay. Mit einem Nachwort von Herbert Wiesner, Düsseldorf: C.W. Leske Verlag 2016, 127 S., € 18,90*

»Die seelischen Triebkräfte des Fremdenhasses sind Unsicherheit und Angst. Da das Fremdartige eigene Lebensformen dem Zweifel aussetzt, wenn es sie nicht sogar zur Disposition stellt, löst es Aggressionen aus und mobilisiert Widerstand. Das ist eine atavistische Reaktion, die der tierischen Natur des Menschen entstammt ...« (S. 25)

Der am 22. Februar 2016 gestorbene Literaturwissenschaftler und bedeutendste deutsche Exilliteratur-Forscher Hans-Albert Walter, hat mit dem hier vorliegenden, 1992 publizierten Essay eine Gedenkschrift hinterlassen, die der seit 2013 schwelenden Flüchtlingsdebatte wesentliche aufklärerische Impulse gibt. Bereits die einleitende Widmung lässt aufhorchen: »Dem Andenken des Parlamentarischen Rates, der, [...] politisch

verfolgten Ausländern das Recht auf Asyl zugesichert und in den Katalog der Grundrechte des am 23. Mai 1949 verkündeten Grundgesetzes für die Bundesrepublik aufgenommen hat.« Rund dreißig Jahre später, so Walter in einem Nachsatz zu seinem Essay, versuche eine politische Klasse »die neuerliche Terrorwelle zur Abschaffung der Asylrechtsgarantie von Art. 16, Abs. 2 des Grundgesetzes zu instrumentalisieren.« (S. 109) Was war geschehen? Am Abend des 23. August 1992 hatten sich vor einem Asylbewerberheim in Rostock-Lichtenhagen rund 2000 Menschen zusammengedrängt und mit Rufen wie »Deutschland den Deutschen« und »Ausländer raus« versucht, in das Gebäude einzudringen und es anzuzünden. Auf diesen zeithistorischen Hintergrund verweist Herbert Wiesner in seinem kommentierenden Nachwort zu dem Essay, indem er auf die 1993 drohende Abschaffung oder Einschränkung des Artikels 16 Absatz 2 erinnert. Der im Frühsommer 1993 erreichte Asylkompromiss mit dem Kernsatz »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht« habe vier lange Zusätze, »die darauf hinauslaufen, dass in Deutschland per Gesetz beschlossen werden kann, aus welchen Ländern ein Flüchtling tunlichst nicht stammen sollte, wenn er einen Asylantrag stellt.« (S. 114) Diese Zusätze führten, so Wiesner, »bis zu den heutigen Debatten über Abschiebung in die Maghreb-Länder als ›sichere Herkunftsstaaten‹ und bewirkte(n) letztlich, dass die Bundesrepublik innerhalb der EU kein Nachbarland mehr kennt, aus dem jemand kommen könnte, um Anspruch auf Asyl zu erheben.« (S. 114)

Der Kernsatz, dass politisch Verfolgte Asylrecht genießen, wäre, so Wiesner, »der Traumsatz schlechthin gewesen für jeden Deutschen, der nach dem Reichstagsbrand und der Aufhebung der Weimarer Verfassung durch das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 Deutschland verlassen und ins Exil gehen musste.« (S. 114f.) Dass dieser Traum für die meisten Flüchtlinge in einem existentiellen Elend endete, weil sie trotz ihrer politischen Beweggründe kein Asylrecht erhielten, ist sowohl für den Kommentator als auch für den Essayisten der Anlass einer eingehenden Würdigung des Rechts auf Exil. Herbert Wiesner kritisiert die inhaltliche Begründung für die Rechtmäßigkeit des Grundgesetzes, nach welcher als politische Verfolgte diejenigen gelten, die »aus religiösen und rassistischen Gründen bzw. wegen

ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder Nationalität ins Exil getrieben wurden.« (S. 115) Diese Auslegung sei in höchstem Maße unrealistisch, weil sie »Krieg, Bürgerkrieg und Revolutionen, Seuchen, Naturkatastrophen, Hungersnöte [...] und wirtschaftliche Nöte ganz allgemein als Begründung für das Asylbegehren« (S. 115) ausschließe.

Wiesner greift in diesen Ausführungen auf den Essay von Hans-Albert Walter zurück, der davon berichtet, dass er »irgendwann 1946 oder 1947« in seiner Schulzeit das Flüchtlingskind Franziska K. erlebte, das von seinen Klassenkameraden nicht akzeptiert wurde, weil die einheimischen Kinder die Antipathien und Aggressionen ihrer Eltern reproduziert hätten und die Dorfgemeinschaft wegen ihres Fremdenhasses Franziska nicht akzeptierte. Dieser Fremdenhass habe den meist aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten umgesiedelten und geflohenen Landsleuten gegolten, denen man ein menschenwürdiges Wohnrecht verwehrt hätte. Neben dieser Rechtslosigkeit seien die meisten Flüchtlinge auch von extremer Armut betroffen, eine Pauperisierung, unter der auch die 1933 Hals über Kopf Exilierten gelitten hätten. In den folgenden Ausführungen beschreibt Walter die materielle Not der vor den Nazis Geflohenen, die das Exil als besonders schlimm empfanden, weil sie – im Gegensatz zu vielen Flüchtlingen, die seit 2013 aus Afrika und dem Vorderen Orient nach Europa kommen – materiell relativ gut ausgestattet waren. Er bewertet außerdem vergleichend die existentielle Situation der ehemaligen Emigranten und den gegenwärtig nach Europa strömenden Flüchtlingen. Damals hätte es keine Forderung nach sprachlicher Integration und Anpassung an die Lebensumstände in der Fremde gegeben, im Gegensatz zu den heutigen Flüchtlingen, von denen eine sofortige sprachliche Integration gefordert würde. Walter spart in seinen weiteren Ausführungen auch nicht an Kritik gegenüber den privilegierten Emigranten der 1930er-Jahre. Da beklagte sich Thomas Mann, der aufgrund seiner Privilegien in relativem Wohlstand lebte, über die mangelnde Anpassungsfähigkeit seiner Berufskollegen im Exil, da klammerten sich die Emigrierten zu sehr an die Heimat, ohne sich der rauen Realität in der Fremde zu stellen.

Und in der verlogenen Nachkriegszeit, als die zynischen Mitläufer des Nazi-Regimes sich als

heimliche Oppositionelle stilisierten? Und die Behandlung der Exilierten durch die (späten) antifaschistischen Nachkommen ihrer faschistischen Vorfahren? Und die philosemitischen Sprösslinge antisemitischer Eltern? Am Ende seines Essays überwiegt in den leidenschaftlichen Ausführungen des Exil-Forschers, wen wundert's, die Skepsis und die Ratlosigkeit. Und er bedient sich eines Rückgriffs auf das Jahr 1837. Damals, als die berühmten sieben Göttinger Professoren gegen einen Verfassungsbruch ihres königlichen Landesherren protestierten und das Königreich Hannover in Richtung Kurhessen verlassen mussten. Und auf der anderen Seite der Grenze eine Großmutter zu ihrem Enkel sagte: »Gib dem Herrn die Hand, er ist ein Flüchtling.« Zu einer ähnlichen Schlussfolgerung gelangt Herbert Wiesner, indem er eine in Nizza lebende Tunesierin zitiert, die einer schimpfenden gebürtigen Französin nach dem verheerenden Anschlag am 16. Juli 2016 auf der Promenade in Nizza antwortete: »Es gibt keine Fremden, Madame, es gibt nur Menschen.«

Wolfgang Schlott

Jaap de ZWAAN / Martijn LAK / Abiola MAKINWA/Pet WILLEMS (eds.), Governance and Security Issues of the European Union, Challenges Ahead, Berlin/Heidelberg: Springer 2016, 353 S., € 123.04

Die EU steckt in den Augen vieler Beobachter in einer ihrer schwersten Krisen. Sie steht vor einer ganzen Reihe schwerwiegender externer Herausforderungen. Einige davon werden in dem hier besprochenen Buch benannt: Eurokrise, Wirtschaftskrise, Flüchtlingskrise, Terrorismus, Klimawandel und Umweltherausforderungen. Der Ausgang der US-Präsidentenschaftswahlen und die damit möglicherweise einhergehende Notwendigkeit der Neubestimmung des transatlantischen Verhältnisses ist dabei noch nicht einmal berücksichtigt. Die Herausgeber und Autoren, nahezu allesamt Angehörige niederländischer Universitäten und Forschungseinrichtungen, machen zu Recht und eindringlich darauf aufmerksam, welchen Einfluss alle diese Ereignisse auf die Stabilität und Sicherheit des europäischen Kontinents haben. Dem dienen vier von sechs Teilen, denen jeweils drei bis vier Kapitel zugeordnet sind. Teil

I ist »Werten und Prinzipien« gewidmet (S. 11 ff.), Teil III »Politikbereichen« (S. 129 ff.), Teil IV dem »Europäischen Strafrecht« (S. 209 ff.) und Teil V den »Außenbeziehungen« (S. 273 ff.). Nicht alle Kapitel werden dabei der Brisanz der aktuellen Herausforderungen gleichermaßen gerecht. Das betrifft etwa im Teil über die »Außenbeziehungen« Beiträge, die sich sehr allgemein und eher theoretisch mit dem »Gemeinsamen« der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (S. 273 ff.) oder einer »kohärenten und inklusiven gemeinsamen Politik über Bodenschätze« (S. 307 ff.) (!) befassen. Dabei hat alleine der Ausgang der amerikanischen Präsidentenschaftswahlen eine Dynamik und Bewegung in die GASP/GSVP gebracht, die atemberaubend ist, ausgelöst wohl gemerkt nicht von der EU feindlich gesinnten Staaten, sondern von einem befreundeten Staat! Schon am Tag dieser Wahl hat Kommissionspräsident Juncker in einer »Europa-Rede« vor der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin von einem »neuen Anlauf in Sachen Europäischer Verteidigungsunion [...] bis hin zu dem langfristigen Ziel einer europäischen Armee« gesprochen. Vier Tage später hat der ehemalige Verteidigungsminister Rupert Scholz (in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* v. 14.11.2016, S. 10) für eine Änderung des Grundgesetzes plädiert, um die Voraussetzungen für eine europäische Armee zu schaffen. Ebenfalls am 14.11.2016 hat der Allgemeine Rat der EU Schlussfolgerungen der »EU Global Strategy« im Bereich Sicherheit und Verteidigung inklusive eines »Implementation Plan on Security and Defence« vereinbart. Am 6.12.2016 haben EU und NATO eine »Gemeinsame Erklärung« verabschiedet etc. pp.

Bewegung, wohin man blickt! Dass alles dies im vorliegenden Buch (noch) nicht berücksichtigt werden konnte, wiewohl es absehbar war, mag nachvollziehbar sein. Eindeutig unterbelichtet ist in dem Band jedoch der Zusammenhang zwischen diesen externen Herausforderungen der EU und ihrem inneren Zustand. Denn alle diese Herausforderungen treffen auf eine EU, die sich in dem besorgniserregendsten Zustand seit den Römischen Verträgen befindet. Die Stichworte lauten: Brexit, Desintegration, Renationalisierung, Entsolidarisierung, Populismus. Alle diese Stichworte und die ihnen jeweils innewohnende Sprengkraft sind noch nicht einmal ansatzweise

in Teil II »Institutionelle Aspekte« (S. 75 ff.) oder in Teil VI »Die Zukunft der EU-Zusammenarbeit« (S. 331 ff.) reflektiert. Dortige Ausführungen etwa über »informelle Entscheidungsverfahren« (S. 75 ff.), die »europäische politische Kommunikation« (S. 93 ff.) oder die Datenschutzgesetzgebung (S. 109 ff.) (!) mögen in normalen Zeiten ihre Existenzberechtigung in einem Buch über »Governance und Sicherheit in der Europäischen Union« haben, in der derzeitigen krisenhaften Situation wirken sie ganz einfach gestrig und deplatziert. Sie geben keine Antworten auf die akuten und aktuellen Fragen! Ohne in Alarmismus und Überdramatisierung zu verfallen: Die Probleme sind zu groß und zu zahlreich und

die Zeit zu ihrer Lösung zu drängend, als dass man sich länger mit Appellen an ein Überdenken der bisherigen Meinungsbildungs- und Entscheidungsstrukturen der EU (so die Schlussbemerkungen auf der letzten Seite des Buches, S. 352) begnügen möchte. Mag sein, dass die politischen Ereignisse dem Buch davongeeilt sind (die Jahresangaben in den jedem Kapitel beigefügten Literaturverzeichnissen deuten darauf hin). Am Urteil, dass das Buch entgegen seinem Untertitel, eher rückwärts-, als vorwärtsgewandt ist, vermag dies jedoch nichts zu ändern. Schade! Es darf und muss weitergedacht – und gehandelt – werden!

Michael Fuchs

Hochmut kommt vor dem Fall



Die Arroganz der Macht

Hochmut kommt vor dem Fall

Von Prof. em. Dr. Rüdiger Voigt

2017, 319 S., brosch., 39,– €

ISBN 978-3-8487-4052-9

eISBN 978-3-8452-8351-7

nomos-shop.de/29495

In dieser aktuellen Analyse der Politik als Reaktion auf den Umbruch geht es Rüdiger Voigt darum, den jüngsten Verwerfungen in der politischen Landschaft nachzuspüren.



Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar unter: www.nomos-elibrary.de

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter (+49)7221/2104-37.

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos